

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Wahlkämpfe, hört man immer wieder, seien Festtage der Demokratie. Ich lade Sie herzlich dazu ein, diese Zeit intensiv zu nutzen. Schließlich geht es bei der Bundestagswahl um den Weg, den unsere Gesellschaft in den kommenden vier Jahren gehen soll. Nehmen Sie Ihr demokratisches Recht wahr und kommen Sie schon jetzt ins Gespräch und beziehen Sie Position.

Wir, die SPD in Tempelhof-Schöneberg mit unserer Kandidatin Mechthild Rawert, werden wie gewohnt einen Wahlkampf mit hoher Präsenz führen. Vom Schöneberger



Am 13. Juli, 12:30 Uhr, wird die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler wieder vor dem Rathaus Schöneberg die Regenbogenfahnen hissen. Traditionell wehen die Regenbogenfahnen vom Schwul-lesbischen Stadtfest im Nollendorfpark-Kiez bis zum Berliner CSD. Die Fahne gilt als Zeichen der homo- und transsexuellen Emanzipationsbewegung.

Bild: Lothar Duclos



Norden bis Lichtenrade sind wir in den Kiezen unterwegs. Wir werden an tausenden Haustüren klingeln, vor Supermärkten sowie an S- und U-Bahnhöfen stehen. Wir wollen Menschen für Demokratie begeistern und zur Wahl motivieren.

Machen Sie den Wahlkampf gemeinsam mit uns zu einem großen Demokratiefest, bei dem Sie und Ihre Anliegen im Mittelpunkt stehen. Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Ihre Dilek Kolat

Vorsitzende der SPD Tempelhof-Schöneberg

Mehr bürgernahe Leistungen

Mit mehr Investitionen zum Überschuss

Im Herbst verhandelt die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) den Haushaltsplan für die Jahre 2018 und 2019. TSaktuell sprach mit Jan Rauchfuß, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion.

TSaktuell: Wie ist die Ausgangssituation für die anstehenden Haushaltsverhandlungen?

Jan Rauchfuß: Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg steht finanziell gut da. Das Haushaltsjahr 2016 konnte mit einem Jahresüberschuss von 11,9 Mio. Euro abgeschlossen werden. Gleichzeitig werden in den kommenden Jahren, auch aufgrund des Bevölkerungswachstums, mehr Personal und Geld benötigt, um alle Leistungen für die Bürgerin-

nen und Bürger ohne lange Wartezeiten erbringen zu können.

Stehen dafür genug Mittel zur Verfügung?

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler und die Fraktionen von SPD und Grünen haben in den letzten Jahren die dafür notwendige finanzpolitische Weichenstellung vorgenommen. Wir haben auf Kürzungen verzichtet und dafür auf zusätzliche Angebote und Effizienzsteigerung gesetzt. So konnten wir die Einnahmesituation des Bezirkes deutlich verbessern, weil es für mehr Angebote auch höhere Zuweisungen des Landes Berlins gibt. Diesen Weg gehen wir jetzt weiter.

Wo will die SPD konkret mehr tun?

Für die anstehenden Beratungen will ich drei Schwerpunkte besonders hervorheben: Erstens muss der Bezirk die knappen Ressourcen optimal einsetzen. Bezirkseigene Gebäude – die Kosten verursachen, alleine weil es sie gibt – müssen bestmöglich ausgelastet und für möglichst viele Angebote gleichzeitig genutzt werden. Zweitens sollen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger ausgebaut werden, um den Bezirk weiter zukunftsfähig zu machen. Das erhöht auch die Zuweisungen an den Bezirk. Und drittens geht es um die Fortführung des Personalentwicklungskonzepts. Der enorme Sanierungsbedarf bei den Schulgebäuden erfordert zum Beispiel zusätzliche Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter für die Bauabteilung des Bezirkes.

Sie sagen, eine Ausweitung des Angebots verbessert auch die Einnahmesituation des Bezirkes. Wie funktioniert das?

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Jugendstadtrat Oliver Schworck ist es in den letzten Jahren gelungen, das Jugendamt durch politische Steuerung von einem großen Defizit zu einem positiven Jahresergebnis zu führen. Dies ist gelungen, indem wir alle Angebote – wie zum Beispiel die Jugendfreizeiteinrichtungen – durchgegangen sind und Verbesserungspotenziale gehoben haben. Am Ende standen ein besseres Angebot für die Jugendlichen ...

- weiter auf Seite 2 -

IN DIESER AUSGABE

ENDLICH J W D!

Bürgerbüro von Melanie Kühnemann in Lichtenrade mit Fest eröffnet.

Seite 2

TEGEL SCHLIESSEN

NEIN bei Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens TXL

Seite 4

RENTE GEHTE UNS ALLE AN

Das Fundament der Sicherung des Lebensstandards im Alter

Seite 7

500. MITGLIED IN SCHÖNEBERG

Eintrittswelle beschert der SPD spannende neue Mitglieder

Seite 8

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR BRIEFWAHL

Ab dem 14. August werden die Wahlbenachrichtigungskarten für die Bundestagswahl verschickt. Auf der Kartenrückseite befindet sich der Antrag zur Wahl per Brief. Auch online kann dieser bei den Bezirkswahlämtern gestellt werden. Doch was gibt es bei der Briefwahl überhaupt zu beachten?

Muss ich einen Grund für die Briefwahl angeben?
Nein.

Wie viele Stimmen habe ich?

Zwei. Auf der linken Seite des Stimmzettels wählen Sie mit der Erststimme einen Direktkandidaten aus Ihrem Wahlkreis. Rechts kreuzen Sie mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei an und bestimmen so das Kräfteverhältnis im Bundestag.

Und dann?

Nach erfolgter Wahl kommt der Stimmzettel in den blauen Umschlag. Danach unbedingt die eidesstattliche Erklärung unterschreiben (Ort und Datum nicht vergessen). Blauer Umschlag und Wahlschein kommen in den roten Umschlag. Der Brief muss innerhalb Deutschlands nicht frankiert werden.

Kann ich aus dem Ausland per Brief wählen?

Ja, hier muss der Brief ausreichend frankiert sein und spätestens am 24. September um 18 Uhr beim zuständigen Bezirkswahlamt vorliegen. Am besten per Luftpost versenden.

Gerechtigkeit. Zukunft. Europa.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vieles läuft gut in unserem Land und das verdanken wir den Menschen, die sich reinhängen und die sich engagieren. Dafür haben sie Respekt verdient, egal ob sie Busse fahren, auf unsere Kinder aufpassen oder uns medizinisch versorgen. Nicht immer geht es gerecht zu – und das wollen wir ändern!

Gerechtigkeit zu schaffen, heißt Politik zu machen, die bei den Menschen ankommt. Mir ist es wichtig, dass wir die zentralen Fragen unserer Zeit

endlich mutig anpacken! Dass wir gerechte Bildungschancen schaffen und den Wandel im Alltag und in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung zu einem Erfolg machen. Dass wir die Rente sichern, ohne die junge Generation über Gebühr zu belasten.

Die SPD hat ein umfangreiches Regierungsprogramm verabschiedet. Wir liefern Lösungen, Vorschläge, Ideen. Das unterscheidet uns von so manch anderer Partei, die für sich einen Regierungsanspruch erhebt, aber in Wirklichkeit seit Jahren nur den Status quo verwaltet.



Foto: Benno Kraehahn

Lassen Sie uns anspruchsvoll sein. Lassen sie uns investieren: in Schulen, Straßen, Forschung, schnelles Internet und in neue Wohnungen. Es geht auch

um unsere Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen. Unsere Kinder haben ein gutes Leben in Sicherheit verdient – mit einer sauberen Umwelt, einer lebendigen Demokratie und mit Perspektiven für ihr eigenes Leben.

Lassen Sie uns gemeinsam für mehr Gerechtigkeit sorgen, die Zukunft gestalten und für ein besseres Europa kämpfen.

Ihr Martin Schulz

Das Regierungsprogramm der SPD finden Sie auf www.spd.de/programm



Liebe Leserinnen und Leser,

soziale Gerechtigkeit ist das Thema unserer Zeit. Für mich bedeutet das vor allem, den Menschen soziale Sicherheit zu geben. Darum geht es, wenn Martin Schulz und die SPD über Bürgerversicherung, Rentenkonzepte und gute Arbeit reden.

Vieles kann nur auf Bundesebene geändert werden. Wenn es aber um gute Arbeit geht, dann sollen unsere Verwaltungen und Landesunternehmen Vorbild sein. Deswegen werden wir nach den notwendigen Jahren des Sparens die Löhne im öffentlichen Dienst bis 2021 wieder an den Bundesdurchschnitt anpassen.

Genauso wichtig ist es, Leistungen der Daseinsvorsorge wieder in kommunaler Hand zu halten. Zum Beispiel bei der Charité: Wir werden das CFM-Servicepersonal in eine 100%-ige kommunale Tochter zurückholen und in einem ersten Schritt die Löhne auf 11 Euro anheben. Ab 2019 ist die CFM wieder kommunal und wir wollen schrittweise zu branchenüblichen Tarifen kommen.

Dieser Senat steht für gute Arbeit. Das haben wir versprochen. Das halten wir.

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister

Endlich j w d!

Die Abgeordnete Melanie Kühnemann hat in Lichtenrade ihr Bürgerbüro eröffnet

TS aktuell: Am 21. April wurde Eröffnung gefeiert. Mit dabei u. a. der Regierende Bürgermeister Michael Müller, der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh, die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler und Mechthild Rawert, unsere Bundestagsabgeordnete. Was war das Schönste an dem Tag?

Melanie Kühnemann: Ich habe mich vor allem über die vielen Glückwünsche der Bürgerinnen und Bürger direkt aus dem John-Locke-Kiez gefreut. Da habe ich gemerkt, wie wichtig es ist, wirklich vor Ort bei den Menschen zu sein. Mein Team und ich haben ein offenes Ohr und konnten an einigen Stellen auch schon helfen.

Womit kommen die Menschen zu Ihnen ins Bürgerbüro? Was sind das für Themen?

Das sind ganz unterschiedliche Themen, kleine und große Probleme. Das beginnt bei falsch beschrifteten Straßenschildern, fehlenden Parkbänken, Fragen nach provisorischen Ampelmasten, über Wohnungssuche bis hin zu Ärger mit Hausverwaltungen und Eigentümern. Bei diesem Thema werde ich wirklich langsam sauer, was sich Mieterinnen und Mieter zum Teil gefallen lassen müssen. Das ist erschreckend. Zusammen mit meinem Team versuche ich, allen, die zu uns kommen, zu helfen. Das ist nicht immer möglich, aber wir geben unser Bestes. Zudem kümmert sich mein Team auch schon mal um ältere Bürgerinnen und Bürger beim Gang zum



Eröffnung des Bürgerbüros der Abgeordneten Melanie Kühnemann in Lichtenrade: Der Regierende Bürgermeister Michael Müller und der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh

Foto: Jan Grunow

Bürgeramt – wir sind für alle da. Wir müssen nur gefragt werden.

Ihr Bürgerbüro ist nicht nur Anlaufstelle, sondern auch ein Veranstaltungsort – wofür?

Wir sind ja noch nicht so lange am Start, hatten aber schon ein tolles Frauenfrühstück, bei dem es die Chance gab, unsere Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler und unsere Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert kennenzulernen. Das Veranstaltungskonzept bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Kultur- und Informationsangebot. Wir hatten bereits einen beeindruckenden Abend mit dem Islam-Ex-

perten Ahmad Mansour zum Thema „Deradikalisierung von Jugendlichen“, und wir machen mit bei „Kunst im Kiez“. Eine Aktion des Aktiven Zentrums Lichtenrade und den Läden in der Bahnhofstraße und Umgebung, bei der rund 50 Künstlerinnen und Künstler ihre Werke ausstellen können. Ich freue mich sehr, die Bilder von Anke Mas Marques und die Fotografien von Heinz Georg Schubel präsentieren zu können. Und auch in Zukunft wird es bei mir die Möglichkeit geben, Kunst zu bewundern.

Sie sind freitags immer in der Bürgersprechstunde persönlich anzutreffen, aber auch sonst sind Sie ziemlich viel in Lichtenrade unterwegs. Wo kann man Sie antreffen?

In Lichtenrade ist viel los, auch wenn das manche nicht glauben wollen. Ich war beim 6. Lichtenrader Jazzfest und völlig begeistert, was Lutz Fußangel und

Wahlkreisbüro
Melanie Kühnemann

John-Locke-Straße 19
12305 Berlin

Kiezverstecke

Unter dem Motto „Kiezverstecke“ führte die Friedenauer Abgeordnete Dilek Kolat durch besondere Manufakturen in Friedenau.

Wunderbares Kaffearoma umwehte die Teilnehmer des Kiezspaziergangs auf der ersten Station. In einer kleinen Kaffeerösterei (Schmiljanstr. 13) erklärte der Chef, Herr Ridder, die Vorteile handgerösteter Kaffeebohnen. Und er verriet einen Geheimtipp: Der Kaffee schmeckt besser, wenn er sehr langsam mit lauwarmem Wasser zubereitet wird.

Ein guter Tipp für Familienfeste ist das „Colour your day“ (Schmargendorfer Str. 36). Hier können Sie Ihre Ideen für die Bemalung von Geschirr, Vasen oder Kannen verwirklichen. Wenn Sie sich mit Ihren Freundinnen einen schönen Abend machen wollen: Im Angebot ist eine „Ladies Night“ bis 23 Uhr.

Haben Sie sich aus dem letzten Urlaub ein hübsches Steinchen als Souvenir mitgenommen? In „The fair traders“, der Galerie für nachhaltigen Schmuck



Die Abgeordnete Dilek Kolat mit anderen Entdeckern in einer Kaffeerösterei in Friedenau.

Bild: Ulrich Horb

(Dickhardtstr. 60), können Sie sich daraus einen Anhänger für die Halskette machen lassen. Die angebotenen Schmuckstücke werden aus Recycling-Material, z.B. Altglas hergestellt. Und kennen

Sie schon das „Sonnenglas“? Es hat einen Solardeckel und LED-Leuchten; konzipiert wurde es für Gegenden ohne Elektrizität. Auch für Terrasse und Camping bestens geeignet! Petra Rudolphi-Korte

Mehr bürgernahe Leistungen - Fortsetzung von Seite 1 -

... und ein deutlich verbesserter Haushaltsabschluss. Insbesondere für den Bereich der Bibliotheken fordern wir den gleichen Weg: Durch eine Verbesserung des bestehenden Angebots wieder mehr Besucherinnen und Besucher in die Bibliotheken zu locken und damit auch die Bezirksfinanzen zu verbessern.

Sie haben vorhin das Per-

sonal angesprochen. Werden Sie deutlich mehr Leute in der Verwaltung brauchen?

In Summe ja, aber wir gehen da nicht mit der Gießkanne vor. Der Bereich für Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung im Jugendamt ist zum Beispiel dringend auf zusätzliche Unterstützung angewiesen. Das verstehen auch alle, dass wir in einem solchen Bereich genug Per-

sonal brauchen. Auch im Bürgeramt, im Fachbereich Hochbau und im Gesundheitsamt sind zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dringend erforderlich.

Und es kommt noch ein Punkt hinzu: Immer öfter ist es ja so, dass Neueinstellungen nicht am Geld, sondern an fehlenden Bewerbern oder langwierigen

die Leo Kestenberg Musikschule dort auf die Beine stellen. Oder ich habe bei der 34. Lichtenrader Meile die zahlreichen Läuferinnen und Läufer auf die Strecke geschickt. Ein großartiges Event, das gemeinsam vom VfL Lichtenrade und dem SSV Lichtenrade organisiert wird. Ich konnte für den Trägerverein Lichtenrader Volkspark beim „Langen Tag der Stadtnatur“ etwas Werbung machen, denn die brauchen dringend Nachwuchs. Den gibt es aber zum Beispiel bei mir um die Ecke vom Bürgerbüro. In der Steinstraße hat die Kita „Steinchen“ aufgemacht und auch da schaue ich als jugend- und familienpolitische Sprecherin natürlich vorbei, genauso wie am „Tag der Kinderbetreuung“, an dem ich die Kita Nahariyastraße besucht habe, um mich bei den Erzieherinnen und Erziehern für ihre großartige Arbeit zu bedanken.

Was ist als nächstes geplant?

Ich möchte die Menschen im John-Locke-Platz zusammenbringen und plane einen Hofflohmarkt für alle Nachbarinnen und Nachbarn zum Mitmachen. Uns gehen nicht die Ideen aus...!

Redaktion TS aktuell

Bezirk ehrt Ehrenamt

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg ehrte auch dieses Jahr wieder das herausragende freiwillige Engagement von acht Bürgerinnen und Bürgern.

Die Ehrenamtsmedaillen des Bezirks wurden am 30.6.

in einer sehr schönen Feierstunde übergeben. Das Ehrenamt muss mindestens acht Jahre in Tempelhof-Schöneberg ausgeübt worden sein, was von vielen der Geehrten deutlich überschritten wurde. Wir gratulieren herzlichst!

Frau Anita Carstens

seit 40 Jahren u. a. im Nachbarschaftsheim Schöneberg

Herr Henry Dinter

seit 23 Jahren im gemeinnützigen Kleingartenverein Grüne Aue e.V.

Frau Corinna Ehrhardt

seit mehr als 10 Jahren im Förderverein SPATZ e.V. im St. Joseph Krankenhaus in Tempelhof

Frau Renate Friedrichs seit 2009 u. a. im Verein Bayerischer Platz

Herr Klaus Jürgen Geisler

seit fast 40 Jahren z. B. im TSV Marienfelde

Herr Hans Menzler

seit 2005 u. a. in der Zwölf Apostel Gemeinde

Frau Christel Müller-Günter

seit 2006 u. a. im Nachbarschaftscafé des Nachbarschafts- und Selbsthilfeszentrums Marienfelde e.V.

Frau Beate Strey

z. B. im Friedenauer Turn- und Sportclub 1888 e.V.

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt

Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken (Seite 1 unten, 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:

SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Annett Seltz (V.i.S.d.P.), Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landeseiten:

Christina Bauermeister, David Hiller, Ulrich Horb, Birte Huizing, Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen

TS aktuell - Tempelhof-Schöneberg

(Seiten 1 oben, 2, 7 und 8)

Herausgeber:

SPD Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 100 · 10827 Berlin
Tel. 030 7812283
info@tsaktuell.eu
V.i.S.d.P.: Dilek Kolat

Auflage: 20.000

Redaktion dieser Ausgabe:
Corinna Volkman, Eva Liebchen, Ingo Siebert, Lars Rauchfuß, Manuela Harling, Mario Grotjohann, Petra Rudolphi-Korte, Ulrich Horb, Volker Warkentin

Satz und Layout:

interdialog.berlin, spd.berlin

Rätselerstellung: Ulrich Schulte Döinghaus

Grafik: Hans Kegel, Charly Hall

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH



Seit 2013 Fraktionsvorsitzender der SPD im Rathaus Schöneberg: Jan Rauchfuß

Bild: Moritz Platt

„Damit die Enkel ooch noch wat kriegen“

Ein Gespräch zweier Generationen über die Rente

Die Pankowerin Irmgard Schneider* (78) hat mit 14 Jahren ihre Ausbildung bei der DDR-Post angefangen, danach „durchjeackert“, bis sie 1999 mit 60 in Rente ging. Das Niveau ihrer Rente betrug damals ca. 50 Prozent ihres Verdienstes.

Ihr Enkel David H. (27) hat gerade seinen Job nach der Uni angefangen und würde nach geltendem Recht bei seinem Renteneintritt in 40 Jahren nur gut 40 Prozent seines Verdienstes bekommen.

Ein Gespräch über Renten-gerechtigkeit.



Wie sieht die Rente der Zukunft aus? David im Gespräch mit seiner Oma.

Foto: Christina Bauermeister

SB: Finden Sie das jetzige Rentensystem gerecht?

Irmgard Schneider: Nein. Die heutige Generation hat doch gar nicht mehr die Chance, 40 Jahre in einem Beruf zu bleiben.

David H.: Das stimmt. Meine Generation hat mehr Unterbrechungen im Arbeitsleben, etwa durch die Suche nach dem ersten Job nach dem Uniabschluss, befristete Arbeitsverträge oder weil man einfach mal eine Auszeit braucht. Das schlägt sich natürlich später in der Rentenhöhe nieder.

SB: Die SPD will die Rente wieder verlässlich machen – mit einem gesicherten Rentenniveau von 48 Prozent und einer Begrenzung des Rentenbeitragssatzes auf max. 22 Prozent. Halten Sie das für eine gute Lösung?

Irmgard: Das Konzept ist schon gut durchdacht. Aber lässt sich das auch finanzieren?

David: Wenn in gut zehn Jahren die „Babyboomer“ in Rente gehen, verändert sich das Verhältnis von Renteneinküfern und Beitragszahlern deutlich. Die SPD

will diese „Lücke“ durch einen steuerfinanzierten Zuschuss schließen. Das macht Sinn. Keinen Sinn machen für mich immer höhere Beiträge, so dass vom Lohn kaum noch etwas übrig bleibt.

Irmgard: Gerade diejenigen, die kein großes Einkommen haben, sind auf eine verlässliche und auskömmliche staatliche Rente angewiesen. Mein anderer Enkel ist Pfleger und hat zwei Kinder. Er kann gar nicht nebenher noch privat vorsorgen.

SB: In der Union wird ge-

rade über die Rente mit 70 nachgedacht ...

Irmgard: Das ist für mich Spinnerei. Das ist gar nicht möglich. Die Menschen sind so ausgepowert und zwar nicht nur jene, die schwer körperlich arbeiten müssen.

David: Zu den Veränderungen in der Arbeitswelt gehört auch zunehmender Druck und Stress. Eine Rente mit 70 finde ich deshalb ziemlich utopisch.

SB: Können Sie junge Leute verstehen, die sagen, dass sie kein Vertrauen mehr in die Rente haben?

Irmgard: Das kann ich nachvollziehen. Ich komme mit meiner Rente von 1.500 Euro monatlich sehr gut aus. Meine drei Enkel wissen ja nicht mehr, ob sie am Ende überhaupt noch etwas kriegen.

David: Ich selbst habe das Vertrauen in die staatliche Rente verloren. Ich würde mir das Konzept der SPD wünschen. Dann würde ich die Abzüge auf dem Lohnschein für die Rente wieder positiver wahrnehmen. Natürlich wäre ein höheres Rentenniveau als 48 Prozent

wünschenswert, aber dann wird es mit der Finanzierung schwierig. Heute finanziere ich – bildlich gesprochen – zusammen mit meinem Cousin Omas Rente.

Irmgard (unterbricht): Die habe ich mir alleine verdient.

David (lacht): In Zukunft wird sich das Verhältnis komplett umdrehen. 2040 wird jeder Dritte in Deutschland selbst Rentner sein.

CB

* Name geändert

DAS RENTENKONZEPT DER SPD KURZGEFASST:

- **Garantiertes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent bis 2030**
- **Begrenzung des Beitragssatzes auf 22 Prozent bis 2030**
- **Mit dem steuerfinanzierten Demografiezuschuss werden auch höhere Einkommen angemessen an der Finanzierung beteiligt.**
- **Einführung einer gesetzlichen Solidarrente für langjährig Beschäftigte (35 Beitragsjahre oder länger), die 10 Prozent über dem durchschnittlichen Grundversicherungsanspruch am Wohnort liegt**
- **Einbeziehung bisher nicht versicherter Selbstständiger**

„Sicherheit ist das Fundament für soziale Gerechtigkeit“

Innensenator Andreas Geisel im Stadtblatt-Interview zur inneren Sicherheit

SB: Herr Geisel, wie lassen sich aus Ihrer Sicht die Themen Sicherheit und Gerechtigkeit miteinander verbinden?

Andreas Geisel: Beide Themen sind eng miteinander verbunden. Sicherheit darf niemals nur eine Sache für einige Wenige sein, die sie sich leisten können. Der Staat hat die Aufgabe, alle zu schützen – unabhängig vom Einkommen. Sicherheit ist das Fundament für soziale Gerechtigkeit.

Die SPD will in der aufgeheizten Debatte zur inneren Sicherheit die Stimme der Vernunft sein und fordert Sicherheit mit Außenmaß. Die Union fordert vor allem härtere Gesetze, gerade bei den Themen Terrorabwehr und Videoüberwachung. Gewinnt am Ende derjenige, der lauter schreit?

Am Ende gewinnt immer die Vernunft. Nach jedem Anschlag wird reflexhaft nach „Mehr“ gerufen: Mehr Härte, Mehr Gesetze, Mehr Videoüberwachung. Ich plädiere dafür, nicht immer nur nach Mehr zu rufen, sondern vor allem nach dem „Wie“ zu fragen. Wie schaffen wir es, in Zeiten des



Innensenator Andreas Geisel

Foto: SenInnSport / Bernhardt Link - Farbtonwerk

Terrors eine Sicherheitspolitik zu machen, die uns schützt und uns gleichzeitig nicht die Luft zum Atmen nimmt. Sicherheit mit Außenmaß trifft es ganz genau.

Bundesweit sollen laut SPD-Wahlprogramm 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern geschaffen werden. Würde diese Aufstockung helfen, um die Präsenz der Polizei etwa in den Berliner Wohnquartieren wieder zu erhöhen?

Ja, auf jeden Fall. Ganz klar brauchen wir mehr Polizistinnen und Polizisten. Gerade in einer wachsenden

Stadt wie Berlin. Und auch genau da, wo die Menschen sie brauchen: Als Ansprechpartner in den Kiezen. Wir sind gerade in den Haushaltsberatungen, um einen Ausbau der Polizei auch finanziell abzusichern. Ich bin da guter Dinge, dass uns das auch gelingt.

Zugenommen hat in Berlin laut Kriminalitätsstatistik vor allem die Kriminalität in Bussen und Bahnen. Was tut der Senat dagegen?

Richtig ist: Straftaten nahmen im ÖPNV im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr zu. Das lag insbesondere an der

Steigerung beim Taschendiebstahl. Allerdings, und das ist die gute Nachricht, sanken die Delikte mit Gewaltcharakter. Dieser Trend soll sich fortsetzen. Ich setze hier große Hoffnung auf die von mir wieder ins Leben gerufenen gemeinsamen Streifen von BVG und Polizei.

Beim Thema Videoüberwachung werden oft die Argumente einer besseren Aufklärung und Verfolgung von Straftaten gegen Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte ausgespielt. Welchen Weg geht Berlin in dieser Frage?

Berlin wird temporär und anlassbezogen Videoüberwachung einsetzen. Das heißt, dass wir nicht die gesamte Stadt mit Videokameras überziehen werden, sondern dort, wo es notwendig ist. Wir haben das beim Kirchentag getan, als Hunderttausende auf den Plätzen in Berlin unterwegs waren. Dort war es richtig und angemessen. Nehmen Sie London – die vermutlich bestüberwachte Stadt der Welt – ist nicht sicherer geworden.

Fragen: C. Bauermeister

Stichwort: Bürgerversicherung

Für Gesundheit und Pflege soll es künftig eine Bürgerversicherung für alle geben. Das fordert die SPD in ihrem Wahlprogramm. Doch was bedeutet das?

Warum ist eine neue Versicherung nötig?

Gesetzlich Versicherte und privat Versicherte werden heute unterschiedlich behandelt. Die Bürgerversicherung beendet diese Zweiklassen-Medizin. Bislang nimmt die private Krankenversicherung vor allem jüngere, gesunde Versicherte mit höheren Einkommen auf und kann ihnen deshalb niedrigere Beiträge bieten. Das ist kein solidarischeres System. In der Bürgerversicherung sind alle Mitglied, egal ob angestellt, verbeamtet oder selbständig. Alle werden gleichbehandelt. Ärzte erhalten für jeden Patienten die gleiche Vergütung. Die Kosten werden wieder paritätisch zwischen Versicherten und Arbeitgebern aufgeteilt, der Zusatzbeitrag für Versicherte entfällt.

Was muss ich tun, um in die Bürgerversicherung aufgenommen zu werden?

Wer gesetzlich versichert ist, kommt automatisch in die Bürgerversicherung. Für Beamtinnen und Beamte wird ein spezieller Tarif ge-

schaffen, um die bisherige Beihilferegelung fortzuführen. Alternativ dazu können auch öffentliche Arbeitgeber künftig die Hälfte des Kas senbeitrags zahlen. Privat Versicherte können freiwillig in die Bürgerversicherung wechseln.

Wird die Bürgerversicherung für mich teurer?

Die Bürgerversicherung entlastet Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Familien, Rentner und Geringverdiener durch niedrigere Beitragssätze. Das wird möglich, weil bislang privat Versicherte mit höheren Einkommen dann in die Bürgerversicherung einzahlen. Zusätzlich werden andere Einkünfte – etwa hohe Zinseinnahmen oder Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit – beitragspflichtig. Ehegatten und Kinder ohne eigenes Einkommen sind in der Bürgerversicherung kostenfrei mitversichert.

Die SPD regiert doch mit. Warum hat sie das nicht längst umgesetzt?

Die SPD konnte als Juniorpartner in der Großen Koalition in den Verhandlungen nur einen Teil ihrer Ziele durchsetzen. Die Bürgerversicherung scheiterte am Widerstand der CDU.

U. Horb

MELDUNGEN

**PREISWERTE
WOHNUNGEN
AUF DEM
DRAGONER AREAL**

Mit dem neuen Hauptstadtvertrag zwischen der Bundesregierung und dem Senat erhält Berlin vom Bund ab 2018 jährlich 50 Millionen Euro mehr für die Bereiche Sicherheit, Infrastruktur und Kultur.

In dem Vertrag verständigen sich Berlin und der Bund zudem auf den Tausch wichtiger Immobilien. Unter anderem geht das Kreuzberger Dragoner Areal am U-Bahnhof Mehringdamm in den Besitz Berlins über. Damit ist eine Privatisierung des 47.000 Quadratmeter großen Grundstücks vom Senat abgewendet worden. Stattdessen sollen dort nun vor allem preiswerte Wohnungen entstehen.

Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) sagte, Berlin plane 500 bis 800 Wohnungen auf dem Areal. Zwischen 30 und 50 Prozent der Unterkünfte sollen Sozialwohnungen werden. Dazu der Regierende Bürgermeister Michael Müller: „Das ist von besonderer Bedeutung, da der Berliner Senat damit sein festgelegtes Ziel, der Entwicklung preisgünstigen Wohnens und Arbeitens an diesem Standort, verwirklichen kann.“

**KEINE
EXTRA-GEBÜHREN
IN KITAS**

Ab 2018 ist der Kita-Besuch für alle Altersgruppen an Berlins Kitas gebührenfrei. Dennoch ist es in vielen Kitas mittlerweile üblich, dass Eltern – etwa für zusätzliche Sprach- oder Sportangebote – Zuzahlungen leisten.

„Diese Fehlentwicklung will ich nicht hinnehmen. Wir wollen kein Zwei-Klassen-Kita-System, bei dem die finanziell Schwachen das Nachsehen haben“, so Bildungssenatorin Sandra Scheeres. Deshalb plant sie eine Änderung des Kinderförderungsgesetzes.

Konkret sollen für die Zuzahlungen Obergrenzen festgelegt werden. Außerdem sollen die Träger verpflichtet werden, zuzahlungspflichtige Angebote zu melden. Das bedeute nicht, dass nun alle Zusatzangebote in Kitas verboten würden, stellt Scheeres klar. Auch in Zukunft darf es Angebote von Dritten in Kitas geben. Die Voraussetzung ist immer, dass Eltern dies wünschen.

Schluss mit dem Lärm Berlin als smarte Stadt

Ein NEIN beim Volksentscheid zu Tegel entlastet 300.000 Menschen von Lärm und Schmutz



Ein Airbus kurz vor der Landung in Tegel; aufgenommen in der Nordlichtstraße.

Foto: Christina Bauermeister

Daniela Zielinski steht am Gartenzaun ihres Einfamilienhauses in der Nordlichtstraße in Berlin-Reinickendorf und versteht ihr eigenes Wort nicht. Gerade ist wieder ein Flugzeug in weniger als 50 Metern Höhe mit knapp 200 Stundenkilometern über die Siedlung gerauscht. Nur wenige Meter sind es von der Nordlichtstraße bis zur Landebahn des Flughafens Tegel.

Der Lärmpegel, den das Flugzeug verursacht, steigt zeitweise auf mehr als 90 Dezibel. Das entspricht der Lautstärke eines Benzinrasenmähers aus zwei Metern Entfernung. „Zumindest fliegen die Flugzeuge nicht direkt über unser Haus“, sagt Daniela Zielinski, die einen zweijährigen Sohn hat. Spielt der Junge draußen im Sand-

kasten, sieht er die Flieger knapp über die Nachbardächer rauschen.

Als Daniela Zielinski zusammen mit ihrem Mann vor zehn Jahren in die direkte Nachbarschaft des Flughafens zog, taten sie dies in der Erwartung, dass Tegel in naher Zukunft schließen würde. Nun hoffen sie, dass an der Entscheidung nicht gerüttelt wird und Tegel spätestens ein halbes Jahr nach der Eröffnung des BER schließt.

„Ich wäre schon sehr glücklich, wenn der Flughafen endlich weg wäre“, sagt Daniela Zielinski. Die junge Familie ist ein Beispiel für die 300.000 Berlinerinnen und Berlinern, die von starkem Lärm und Feinstaub betroffen sind und deren Lebensqualität sich nach der Schließung Tegels unmittelbar verbessern würde.

Statt dröhnender Flugzeugturbinen würde Familie Zielinski nach Ende des Flugbetriebs auf einem Teil des Flugfeldes Vogelgezwitscher und Kinderlachen hören. Denn das Nachnutzungskonzept des Senats sieht u.a. einen 250 Hektar großen Stadtpark vor, der für ein besseres Stadtklima sorgt. Ebenfalls ist ein Forschungs- und Industriepark geplant, wo Gründer, Studierende, Industrielle und Wissenschaftler zusammen die Stadt von morgen gestalten. Voraussichtlich entstehen hier bis zu 20.000 Arbeitsplätze. Zudem werden auf dem Gelände bis zu 9000 Wohnungen entstehen. Die Hälfte davon sind landeseigene Wohnungen mit günstigen Mieten.

Trotzdem wird es auf Initiative der Berliner FDP am 24. September einen nicht verbindlichen Volksentscheid über die Frage geben, ob Tegel offen bleiben soll. Sie argumentiert dabei vor allem mit der schnellen Erreichbarkeit von Tegel.

Daniela Zielinski kann darüber nur den Kopf schütteln. „Wie oft fliegt man denn? Wir maximal zweibis drei Mal im Jahr. Dafür nehmen einen etwas längeren Anfahrtsweg gern in Kauf“. Sie wird deshalb am 24. September beim Volksentscheid mit Nein zur Offenhaltung stimmen.

C. Bauermeister

Digitalisierung schafft Arbeitsplätze. Berlin als Gründerhauptstadt kann stolz auf die vielen Startups sein, die sich hier ansiedeln, um mit innovativen Geschäftsmodellen Berlins Wirtschaft voranzubringen.

Berlin wird nur dynamisch und attraktiv bleiben, wenn wir den Wandel gestalten und uns beherzt auf die digitale Zukunft vorbereiten. Ein Schlüssel dafür sind unsere exzellenten Hochschulen und die einzigartige Forschungslandschaft. Wir werden diesen Rückenwind nutzen, denn Berlin ist nicht mehr „arm, aber sexy“, Berlin ist „smart und innovativ“.

Für die neuen Jobs brauchen wir Fachkräfte. Gemeinsam mit Wirtschaft und Politik müssen wir mit einer Fachkräftestrategie dafür Sorge tragen, dass eine Abwanderung von Produktion nicht durch den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften begründet werden kann. Die Vermittlung von digitalen Kompetenzen ist essentiell, wenn wir Berlin für die Zukunft gut aufstellen wollen.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, den Hochschulen und der Wirtschaft, werden wir Berlin als „smarte Stadt“ zum bundesweiten Impulsgeber der Digitalisierung machen.



Der Regierende Bürgermeister und Landesvorsitzende der SPD Berlin diskutierte am 27. Juni auf einer Wirtschaftskonferenz im Willy-Brandt-Haus über das Thema „Digitalisierung als Motor für Berlins Wirtschaft“.

Foto: Christina Bauermeister

Der dritte Weg zwischen Kaufen und Mieten

Jede/r neunte Berliner/in wohnt in der Genossenschaft, und das will der Senat nun verstärkt fördern

In Berlin drehen sich die Baukräne. Neue Wohngebiete entstehen, und die Erwartung, dass sich der Wohnungsmarkt bald entspannt, ist berechtigt. Doch nicht alles, was neu entsteht, hilft Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Dies hat der neue Senat erkannt und sofort begonnen, gegenzusteuern.

Im Koalitionsvertrag werden drei Adressaten für neuen bezahlbaren Wohnraum genannt, die besonders gefördert werden: „Die landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften, aber auch Genossenschaften und innovative Wohnprojekte.“ Eine Bedingung gilt dabei: Dass der Anteil von Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung bis zu 30 Prozent der Wohnfläche beträgt. Hier können die Genossenschaften mithalten. Berlin ist nicht nur eine Mieterstadt, sondern auch eine Metropole des solidarischen Wohnens. Jede/r neunte BerlinerIn wohnt in



Die neue bbg-Wohnanlage „Carls Blüte“ in Karlshorst bietet Platz für 168 Wohnungen

Foto: Ulrich Rosenbaum

einer Genossenschaftswohnung.

Schon 1886 wurde Berlins erste Baugenossenschaft von Facharbeitern, Handwerkern und Beamten gegründet, die ihr Geld zusammenlegten, um modern, menschengerecht und dennoch günstig zu bauen: die Berliner Baugenossenschaft eG. Die bbg ist heute mit mehr als 7.000 Wohnungen in 85 Anlagen eine der größten Genossen-

schaften Berlins. Das Grundprinzip ist geblieben: Wer eine Wohnung haben möchte, zahlt zum Beispiel für 3.000 Euro Genossenschaftsanteile ein. Dann ist er nicht Mieter, sondern Mitglied und „Nutzer“. Er hat ein Dauernutzungsrecht auf Lebenszeit und kann bevorzugt eine kleine oder größere Wohnung bekommen, wenn sich die Lebensverhältnisse ändern.

Wir sprachen mit Jörg Wollenberg, Vorstand der bbg: „Unsere Wohnungen sind günstig, nicht billig. Wir erhöhen nur, wenn es wirtschaftlich unausweichlich ist. Derzeit sind für uns 10 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter die Oberkante im Neubau. Aber die Vielzahl der Wohnungen im Bestand liegen unter 6,50 Euro.“

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller hatte den Genossenschaften versprochen, ihnen Zugang zu öffentlichen Grundstücken zu verschaffen. Derzeit wird zwischen Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke), Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) mit den Baugenossenschaften verhandelt, damit eines nicht passiert, was Wollenberg von der bbg so ausdrückt: „Wir wollen nichts geschenkt haben, aber wir möchten auch nicht zwischen städtischen Gesellschaften und finanzkräftigen Investoren in die Röhre gucken.“

Und damit das nicht passiert, könnte es so laufen:

Die Baugenossenschaften bekommen öffentliche Baugrundstücke und garantieren, dass in ihrem Wohnungsbestand genügend preiswerte Wohnungen – auch mit Wohnberechtigungsschein – angeboten werden. Wer den Genossenschaftsanteil nicht gleich zahlen kann, der kann das auch ratenweise tun.

Und wie kommt man an eine Genossenschaftswohnung? Unter www.wohnungsbau-genossenschaften.de kann man eine passende Genossenschaft suchen. Selten wird man sofort eine Wohnung finden, aber es lohnt sich, schon Mitglied zu werden und damit auf der Warteliste zu stehen. Die Chancen sind besser geworden, denn auch die Genossenschaften bauen derzeit kräftig neu.

Die bbg zum Beispiel hat gerade die „Carls Blüte“, eine neue Wohnanlage mit 168 Wohnungen in Karlshorst errichtet. Viele Mitglieder ziehen dorthin um und machen ihre Wohnungen frei.

„Es ist der typische Papiergeruch“

Der Berliner Buchhändler Jürgen Schleicher über sein Erfolgsrezept in Zeiten des Onlinehandels

Jürgen Schleicher ist SPD-Mitglied und Buchhändler – wie Martin Schulz. Ein Besuch bei „Schleichers“ in Dahlem.

Dass der Beruf des Buchhändlers wieder zum Gesprächsthema geworden ist, liegt auch an ihm: Martin Schulz. Der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat ist von Hause aus ein Buchhändler aus Leidenschaft. Er machte eine Lehre und gründete 1982 seine eigene Buchhandlung in Würselen. Martin Schulz weiß: Wer erfolgreich sein will, muss selber viel lesen. Die Lehre sei für ihn eine Art „Studium generale“ gewesen.

Jürgen Schleicher kann die Empathie nachempfinden, die Schulz für das Buch hat. Die von ihm gegründeten Buchhandlungen „Schleichers“ am U-Bahnhof Dahlem-Dorf und „Kohlhaas & Company“ an der Fasanenstraße gehören zu den angesehensten Buchläden in Ber-



Jürgen Schleicher vor seiner Buchhandlung am U-Bahnhof Dahlem-Dorf.

Foto: Ulrich Rosenbaum

lin, 2016 mit dem Deutschen Buchhandelspreis ausgezeichnet. Sein Handwerkszeug erwarb er beim Studium der Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin, und als ab 1967 die Studenten politisch wurden, be-

gann er, vor der Mensa einen kleinen Bücherstand aufzubauen und die politische Literatur anzubieten.

Weil er von Willy Brandts Ost- und Friedenspolitik überzeugt war, trat Schleicher der SPD bei. Der SPD-Ortsver-

ein Dahlem tagte damals im Gasthof Schillings (heute „Luise“). Dort stand neben der Gaststube ein 40 Quadratmeter großes Ladengeschäft leer. Schleicher mietete es, um dort seine erste Buchhandlung aufzumachen.

Jetzt konnte er nicht mehr nur politische Literatur, sondern alles anbieten, was die Verlage auf den Markt brachten. Heute liegt sein weit größerer Laden genau gegenüber.

Jürgen Schleicher weiß wie einst der junge Martin Schulz: Man muss selber viel lesen, um die richtigen Bücher nach vorne in die Auslage zu stellen und die Kunden zu beraten. „Bestseller-Listen helfen da wenig, man muss selber ein Gespür haben, was ankommt“, sagt er. Aber das ist nicht alles: Regelmäßig lädt er zu Lesungen und anderen Veranstaltungen, die meistens schnell ausgebucht sind. „Kundenbindung ist das A und O“, so Schleicher. Die Buchhandlung als Ort der Bildung: Vorbild für viele Buchhändler in Berlin war einst die Buchhandlung Elwert und Meurer, die das zum Prinzip gemacht hatte.

Sie ist, als der Berliner Buchmarkt rund um die Wende-

zeit durchgeschüttelt wurde, ebenso verschwunden wie Kiepert an der Hardenbergstraße oder im Osten der Stadt „Das gute Buch“, die „Internationale Buchhandlung“ und die „Karl-Marx-Buchhandlung“. Eine neue Groß-Buchhandlung ist mit Dussmann entstanden, und es gibt die Filialen bundesweiter Ketten.

Und dann kam der Onlinehandel. Zum Glück aber existieren viele familiengeführte Buchhandlungen wie Schleichers, die davon leben, dass die Kunden das mögen, was Martin Schulz so ausgedrückt hat: „Es ist der typische Papiergeruch.“ Jürgen Schleicher wünscht sich von seinem prominenten Kollegen, „dass er alles tut, um einen vielfältigen Buchhandelsmarkt zu erhalten und die Menschen zu motivieren, beim Buchladen im Kiez zu kaufen und die Arbeitsplätze zu erhalten“.

Ulrich Rosenbaum

Ballartisten unter Berlins Himmel Schnittmuster und Politik

Fußball-Ausstellung im Ephraim-Palais



Die Hertha-Mannschaft, die 1906 die erste Berliner Meisterschaft für den Verein holte. © Hertha BSC

Es sind wunderbare 90 Minuten. Ein Auf und Ab der Emotionen. Seit 125 Jahren oder gar mehr begeistern sich Berlinerinnen und Berliner für Fußball. Ihm widmet das Berliner Stadtmuseum im Ephraim-Palais am Mühlendamm eine aufschlussreiche Ausstellung. Anlass ist der 125. Geburtstag des Berliner Bundesligisten Hertha BSC.

Die Ausstellung auf drei Etagen fächert Berliner Fußballleben in elf Kapiteln auf. Interessante Exponate wie einen Lederfußball von 1910, den Pokal und Wimpel zur Brandenburgischen Meisterschaft von Hertha BSC 1935, ein selbstgenähtes Fußballtrikot aus der Notzeit 1948 sowie Plakate, Eintrittskarten und zahlreiche Dokumente, die von den Restauratorinnen des Museums liebevoll aufbereitet wurden. Vor allem ein reicher Fotofundus macht die Berliner Fußballszene aus Jahrzehnten anschaulich.

„Hauptstadtfußball“ widmet sich nicht nur dem lang-

jährigen Bundesligisten Hertha BSC, sondern ermöglicht einen Streifzug durch den gesamten Berliner Fußball, der mit rund 400 Vereinen mit 3.662 Mannschaften und mehr als 146.000 Mitgliedern ein sportliches Schwergewicht darstellt.

Die Ausstellung präsentiert neben dem Geburtstagskind Hertha BSC die große Bandbreite der Vereine. Da darf der BFC Germania aus Tempelhof von 1888 nicht fehlen, der Neuköllner Verein SC Tasmania 1900 oder Tennis Borussia 1902 aus Charlottenburg. Der BFC Union (gegr. 1966) geht auf einen Vorgängerverein aus Oberschöneweide von 1906 zurück. Die Vereine aus Hohenschönhausen ASK Vorwärts (gegr. 1951) sowie der BFC Dynamo (gegr. 1954) holten die meisten Meistertitel in der DDR.

125 Jahre Fußball in Berlin, das zeigt die Ausstellung, ist auch ein Kapitel Zeitgeschichte. Viele Vereine haben eine lange Tradition wie

der jüdische TuS Makkabi, der auf eine Vereinsgründung von 1898 zurückgeht. Erinnert wird auch an die Fußballer der Arbeitersportvereine, wie etwa an ASV Fichte am Baumschulenweg. Die Arbeitersportvereine wurden 1933 von den Nazis verboten.

Die Migrationsgeschichte Berlins spiegelt sich in der Verbandsgeschichte wider. Die Berliner Fußballlandschaft haben Vereinsgründungen von Zuwanderern bereichert, wie beispielsweise der SD Croatia oder BSV Al-Dersimspor.

Gunter Lange

Hauptstadtfußball

Ausstellung vom 26. Juli 2017 bis 7. Januar 2018
Ephraim-Palais,
Poststraße 16, 10178 Berlin
Di, Do–So 10–18 Uhr
Mi 12–20 Uhr
Eintritt: 6,00 / erm. 4,00 €
bis 18 Jahre frei
www.hauptstadtfussball.berlin
Freikarten für die Ausstellung

Ausstellung am Gedenkort für Annedore und Julius Leber

Es sieht noch nach viel Arbeit aus. Die zerfallene einstöckige Baracke muss instandgesetzt werden, das Gelände, derzeit mit einem Bauzaun gesichert, soll zu einer offenen und einladenden Begegnungsstätte werden. Freiluft-Ausstellungen erzählen regelmäßig von der Geschichte dieses Ortes: Derzeit stellen Schautafeln die Publizistin Annedore Leber vor.

Der Ort ist geschichtsträchtig. An der Torgauer Straße war die Kohlenhandlung von Julius und Annedore Leber. In einer kleinen Holzbaracke, die im 2. Weltkrieg abgebrannt ist, traf Julius Leber mit Widerstandskämpfern zusammen, die am 20. Juli 1944 das Attentat auf Hitler verübten. Der Sozialdemokrat Leber, als Innenminister einer künftigen Regierung vorgesehen, wurde von den Nazis Anfang 1945 hingerichtet.

Seine Witwe Annedore war nach dem Krieg publizistisch tätig – als Mit-Herausgeberin der SPD-nahen Tageszeitung Telegraf, die im März 1946 erschien und ab Herbst 1947 als Verlegerin der Monatszeitschrift „Mosaik“, die die Frauen im Nachkriegs-Berlin mit Politik und Demokratie vertraut machte. Politische Kommentare, Porträts über spannende Frauen, Visionen einer neuen frauengerechten Baupolitik und Reportagen aus dem Alltag der Berlinerinnen wurden ergänzt durch Modetipps und praktischen Schnittmusterbögen. In Büchern hielt Annedore Leber das Vermächtnis von Julius Leber und des Widerstandskampfes wach. Ihr Verlag zog 1950 in das neuerrichtete Gebäude auf dem Gelände der Kohlenhandlung.

Die neue Ausstellung haben Egon Zweigart, Andreas Bräutigam, Dörte Dohl und

Gerhard Wunsch vom Stadtteilverein Schöneberg entwickelt. Im Stadtteilverein kümmert sich ein eigens eingerichteter Arbeitskreis um den Gedenkort.

Nach langen Verhandlungen mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg hat der Verein im Herbst 2016 einen Nutzungsvertrag für das Gelände abgeschlossen. Zusammen mit Schulen, Bildungseinrichtungen und der Nachbarschaft, so die Vereinsvorsitzende Martina Fiebelkorn, soll ein lebendiger Lern- und Gedenkort entwickelt werden. Dafür braucht der Verein Geld. „Wir rechnen mit 5000 Euro Planungskosten, dann ist ein Antrag auf Lottomittel für die Instandsetzung möglich“, hofft Martina Fiebelkorn. Für die laufenden Kosten von etwa 12.000 Euro werden ständige Unterstützer gesucht, die auch mit kleinen Beträgen zum Erfolg beitragen können. Ebenso willkommen, so Egon Zweigart, ist tatkräftiges Anpacken: „Einfach mal helfen.“

U. Horb



Egon Zweigart, Martina Fiebelkorn und Gerhard Wunsch vom Stadtteilverein Schöneberg am Gedenkort für Annedore und Julius Leber, an dem bis zum Herbst die Ausstellung über Annedore Leber als Publizistin zu sehen ist.

Foto: Ulrich Horb

Freiluft-Ausstellung

Torgauerstr. 24-25,
gegenüber Leberstraße
10829 Berlin

Spenden: Stadtteilverein
Schöneberg e.V.,
IBAN: DE96 1002 0500
0003 1127 11, Stichwort:
Fördererkreis Lern- und
Gedenkort

Weitere Informationen:
www.gedenkort-leber.de

Gut zu wissen!

Impfberatung · Roaming-Gebühren · EU-Reisen · Zahlungsdiensterichtlinie · Label-Dschungel



Verpflichtende Impfberatung

Foto: Adobe Stock · Picture-Factory

VERPFLICHTENDE IMPFBERATUNG

In Deutschland gibt es keine Impfpflicht, aber seit Juni eine verpflichtende Impfberatung.

So sieht es das Epidemiologie-Gesetz des Bundesgesundheitsministeriums vor. Danach sind Kitas verpflichtet, jene Eltern den Gesundheitsämtern zu melden, die keine Impfberatung in Anspruch genommen haben. Bis zu 2.500 Euro Geldstrafe kann dies nach sich ziehen. Gerade in Berlin kam es immer wieder zu Masern-Ausbrüchen. Mit dem 2015 in Kraft getretenen Präventionsgesetz sind Eltern dazu verpflichtet, vor dem Kita-Eintritt ihres Kindes an einer

ärztlichen Impfberatung teilzunehmen. Schon heute können ungeimpfte Kinder vorübergehend vom Besuch einer Kita oder Schule ausgeschlossen werden.

ENDE DER ROAMING-GEBÜHREN

Jeder hat sich schon einmal geärgert: Im Urlaub schnell Bescheid sagen, dass man gut angekommen ist und schon sind etliche Cents mehr auf der Telefonrechnung. Das hat seit dem 1. Juni 2017 dank der EU ein Ende.

Ab jetzt können Sie bei Reisen in EU-Länder sowie in Norwegen, Island und Liechtenstein ohne Zusatzgebühren telefonieren, SMS

schreiben und surfen. Und auch wenn Sie im Ausland angerufen werden, entstehen Ihnen keine zusätzlichen Kosten. „Telekommunikation ist kein Bereich für Grenzen. Kosten für die Nutzer müssen sich stärker an den wirklichen Kosten der Unternehmen orientieren“, so Verbraucherschutzminister Heiko Maas. Dennoch gibt einiges zu beachten: Im Ausland den Arzt vor Ort anzurufen, ist kein Roaming, das Telefonat vom Ausland nach Deutschland aber schon. Die Roaming-Regeln gelten nicht in der Schweiz und der Türkei. Und Achtung: Auf Kreuzfahrtschiffen, Fähren und in Flugzeugen gilt die Verordnung nicht. Hier kann es zum Teil richtig teuer werden. Augen auf auch bei den Deutschlandtarifen einiger Discounter: Damit kann wirklich nur im Inland telefoniert werden.

MEHR RECHTE UND SICHERHEIT BEI EU-REISEN

Die gute alte Pauschalreise kommt nicht aus der Mode: Alt wie Jung, vor allem aber Familien greifen gerne darauf zurück. Denn: Wer eine Pauschalreise bucht, ist abgesichert.

Reiserecht in Europa war bisher uneinheitlich geregelt. Mit der EU-Pauschalreise-



Abgesichert durch Pauschalreise

Foto: Adobe Stock · Friedberg

richtlinie bekommen UrlauberInnen mehr Rechte und mehr Sicherheit. Können Reisende z.B. wegen außergewöhnlicher Umstände nicht zurückfliegen, muss der Veranstalter neben den neuen Rückflugkosten auch die Beherbergungskosten für bis zu drei Übernachtungen tragen. Auch neu: Reismängel können gegenüber dem Reiseveranstalter, also z.B. gegenüber dem Reisebüro, und müssen nicht mehr zwingend gegenüber dem Reiseveranstalter angezeigt werden.

Dafür hat man jetzt sogar zwei Jahre lang Zeit. Ausführlich Informationen finden Sie auf www.bmjv.de unter dem Stichwort Pau-

schalreise.

BEZAHLEN OHNE UNFAIRE ZUSATZGEBÜHREN

Seit dem 1. Juni 2017 ist das Wortumgesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie in Kraft.

Dank der EU dürfen Händler zukünftig keinen Aufpreis mehr von ihren Kunden verlangen, wenn diese online oder offline mit gängigen Karten oder per SEPA-Überweisungen und Lastschriften bezahlen. Auch wenn etwas schief geht, gibt es jetzt mehr Schutz. So müssen Banken ihre Kunden stärker dabei unterstützen, durch Fehlüberweisungen verloren gegangenes

Geld zurückzubekommen. Wird die Kreditkarte entwendet, reduziert sich der Eigenbeitrag von 150 auf 50 Euro. Und, was in Deutschland schon lange gilt, gilt jetzt auch in allen EU-Ländern: Lastschriften können binnen acht Wochen EU-weit bedingungslos erstattet werden.

LICHT IM LABEL-DSCHUNDEL

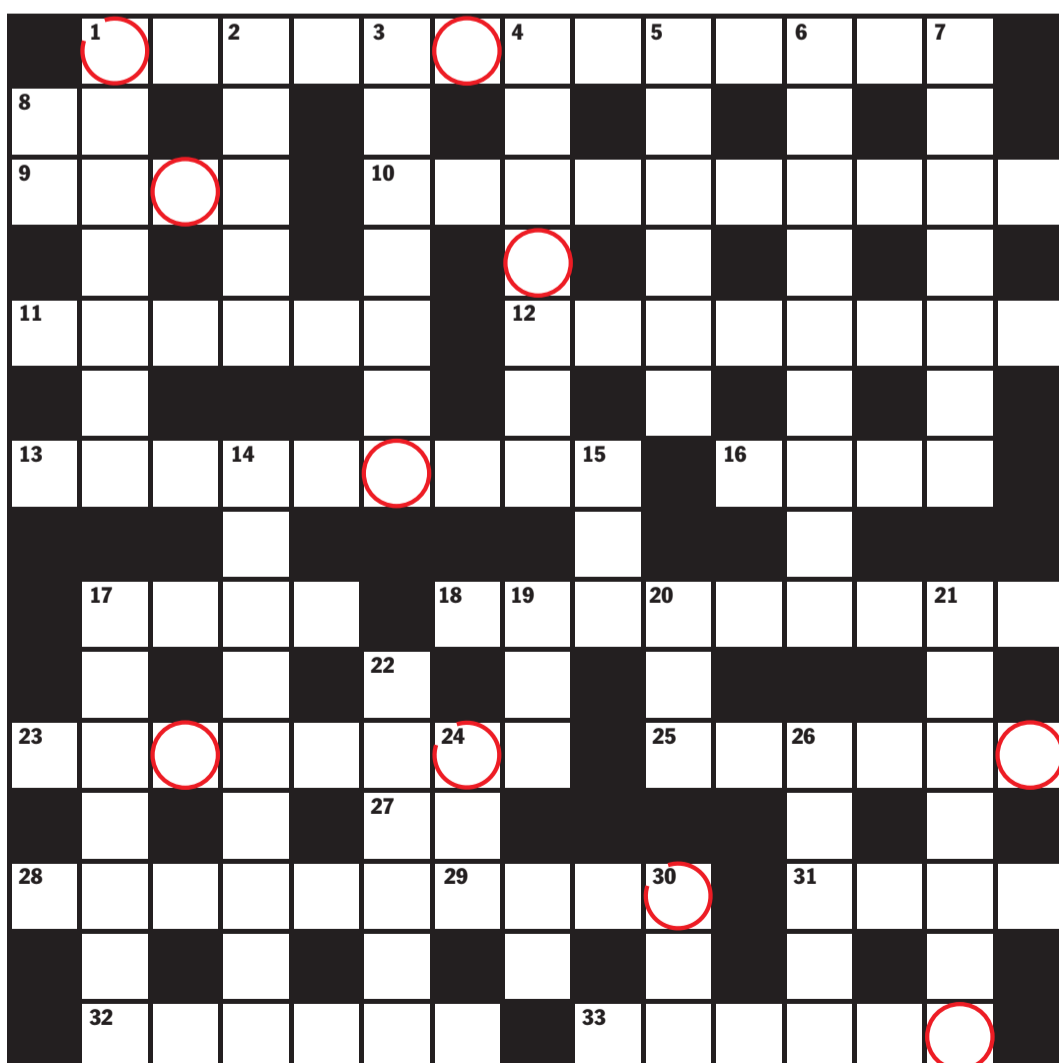
Sie sollen Orientierung geben, zum gesünderen Leben animieren oder helfen, die Umwelt zu schonen: Labels auf Verpackungen und Kleidung. Doch oft fragen sich Verbraucherinnen und Verbraucher: Welches Label steht noch mal für was?

Es gibt z.B. beim Fischkauf oder Kosmetika einfach zu viele. Auf label-online.de wird transparent und unabhängig über einzelne Labels informiert. Besonderer Clou: der Barcode-Scanner. Damit geht verantwortungsvolles Einkaufen noch einfacher.



Weitere Informationen:

Berliner Preisrätsel



WAAGERECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- politisch Untaugliche
- Berliner Traditionstheater (Abk.)
- Studierendenvertretung
- Zeit ohne Sommer
- Hitzefrei im Urlaubsfieber
- überraschend spielen und dealen
- Schlüssigkeit
- Oberseite der Handwurzel
- Gutgemeiner Rat vorm Pferderennen
- Schulz ./ Merkel
- schwacher, natürlicher, elektrischer Strom in der Erdrinde
- Jottwede ohne Arbeit und Schule
- Uckermark (Kfz-Kennzeichen)
- Wirklich wahre und faire Populisten
- Röhre, die uns fliegen lässt
- Verdienstvolle Lebensmittelverwerter
- Krautige Pflanzen

SENKRECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- Fachministerium, Redaktionsabteilung
- Steckt man ab im Wilden Westen
- Steinalter Behälter für Bier und Wein
- Das tun Sie zurzeit
- Traurige Begleiterscheinung
- Die Aktuellste heißt „Laudato si“
- Herausragendes Fremdwort
- Britische Fluglinie (Abk.)
- Anti-Gen zum Schlucken und Pieksen
- Des Körpers allerunterste Etage
- Komposition für drei Singstimmen
- Angeblich sündenfrei
- Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (Abk.)
- Berliner, Brandenburger (und Münsteraner Fußballer)
- den Schenkel betreffend (med.)
- Unbezahltes Kinder mädchen
- Schlimmer Begleiter des Fußballs
- Technische Universität (Abk.)
- Helfer gesucht

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben **einen der bedeutendsten Wochentage des Jahres 2017, nämlich den Tag des Ferienbeginns in Berlin.**

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.07.2017 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Freikarten (inkl. Führung) für die Ausstellung „Hauptstadtfußball – 125 Jahre: Hertha BSC und Lokalrivalen“ im Ephraimipalais, Poststr. 16, 10178 Berlin Die Ausstellung läuft vom 26. Juli 2017 bis 7. Januar 2018.

DAS LÖSUNGSWORT

aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war: **MARTIN SCHULZ** Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

GEWINNE: 10 FREIKARTEN FÜR EINE AUSSTELLUNG ZUR BERLINER FUSSBALLGESCHICHTE MEHR INFORMATIONEN ZUR AUSSTELLUNG FINDEN SIE AUF SEITE 5

Krankenversicherung gerecht? Rente geht uns alle an

Wege zur Bürgerversicherung

Die rot-rot-grüne Koalition hat in ihren ersten 100 Tage-Programm eine Initiative für eine Bürgerversicherung in den Bundesrat eingebracht. Mit ganz konkreten ersten Schritten wollen wir den Weg zu einer Bürgerversicherung für alle ebnen. Denn es ist höchste Zeit, die Ungerechtigkeiten im Gesundheitssystem für Millionen von Menschen zu beenden!

Die Anfänge der sozialen Krankenversicherung in Deutschland führen in das 19. Jahrhundert zurück, als die Basis für eine gesetzliche und solidarische Krankenversicherung gelegt wurde. Das einfache Prinzip: Menschen stehen zusammen, zahlen gemeinsam in einen Topf ein, aus dem die medizinischen Leistungen für alle finanziert werden.

Damit sind die Menschen in unserem Land abgesichert gegen gesundheitliche Risiken, die ein Leben von heute auf morgen verändern können. Zu Recht sind wir stolz auf die gesetzliche Krankenversicherung, die weltweit als vorbildlich gilt.

Aber: Diese Solidargemeinschaft der gesetzlich Krankenversicherten endet bei 90 Prozent der Bevölkerung. Denn der Rest ist privat versichert.

Millionen Menschen werden in die Private Krankenversicherung gezwungen

Die Wahrheit ist: Millionen Menschen sind schlicht dazu gezwungen, sich eine private Krankenversicherung zu suchen. Das betrifft die 4 Millionen aktiven und pensionierten Beamtinnen und Beamte und viele der etwa 1,5 Millionen Selbstständigen. Bei Beamtinnen und Beamten beteiligt sich der Dienstherr – also der Staat – direkt an den Kosten für die Krankenbehandlung, die sogenannte Beihilfe. Darüber hinausgehende Ko-



Dilek Kolat, Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
Foto: ddp

sten müssen über eine private Krankenversicherung versichert werden.

Damit fehlt den Betroffenen faktisch das Wahlrecht zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung. Denn für die gesetzliche Krankenversicherung steht ihnen keinerlei Beihilfe zu – sie werden analog zu Selbstständigen eingestuft. Letztlich ist diese Regelung nichts anderes als ein interessengeleitetes Überbleibsel schwarzer Lobbyarbeit aus den 1980er Jahren.

Ein solches System ist aber nicht gerecht. Es widerspricht sogar explizit dem Solidargedanken, indem es ganze Bevölkerungsgruppen systematisch aus der Solidargemeinschaft heraushält. Deshalb müssen in einem ersten Schritt Beamtinnen und Beamte ohne jeglichen Nachteil in die gesetzliche Krankenversicherung wechseln können.

Selbstständige entlasten

Ein zweiter Aspekt betrifft die vielen Selbstständigen, die über ein geringes Einkommen verfügen. Ihnen wird bei der Beitragsberechnung ein Mindesteinkommen unterstellt, das sie aber gar nicht erreichen. Das führt dazu, dass Viele, besonders Solo-Selbstständige, schon heute ihre Beiträge nicht mehr bezahlen können.

Mehr als 50 Prozent aller gesetzlich versicherten Selbstständigen verdienen gerade einmal durchschnittlich 787 Euro monatlich. Damit muss die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens für die gesetzliche Krankenversicherung aufgebracht werden – langfristig eine Armutsfalle für die Betroffenen.

Deshalb wollen wir den Mindestbeitrag für Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung halbieren, damit auch Selbstständige mit geringem Einkommen sich ihre Versicherung leisten können.

Zurück zur Parität

Mehr als 50 Jahre existierte die paritätische Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge: Die Beitragsfinanzierung erfolgte paritätisch zwischen dem Arbeitgeber und der/dem Arbeitnehmerin. Nach Ausstieg aus der Parität 2005 wurde 2015 allerdings der Arbeitgeberanteil gesetzlich auf 7,3 Prozent des Bruttoeinkommens festgeschrieben.

Damit fand ein entscheidender Paradigmenwechsel in der gesetzlichen Krankenversicherung statt. Beitragssteigerungen gehen seitdem ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für die kommenden Jahre wird mit höheren Beiträgen in der Krankenversicherung gerechnet. Die Belastung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird steigen, die Belastung für die Arbeitgeber nicht.

Daher ist eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung dringend notwendig, um die Lasten wieder gerecht zu verteilen!

Es wird höchste Zeit, dass sich in Sachen Bürgerversicherung etwas bewegt. Berlin hat den ersten Schritt gemacht.

Dilek Kolat

Das Fundament der Sicherung des Lebensstandards im Alter

Wenn wir jetzt in der Rentenpolitik keine Haltelinie ziehen, wird das Rentenniveau weiter sinken. Um dem entgegenzuwirken haben Kanzlerkandidat Martin Schulz und Bundessozialministerin Andrea Nahles am 7. Juni 2017 unser SPD-Rentenkonzept vorgestellt. Wir Sozialdemokrat*innen wollen ein gerechtes und modernes Rentenkonzept mit einem stabilen Rentenniveau von mindestens 48 Prozent, eine gesetzliche Solidarrente für langjährig Beschäftigte und eine verbesserte Altersabsicherung auch für bisher nicht versicherte Selbstständige. Für diese Ziele stehe auch ich!

Wir setzen eine gesetzlich festgelegte doppelte Haltelinie bei Beitragssatz und Rentenniveau. In einem ersten Schritt wird das weitere Absinken des Rentenniveaus umgehend gestoppt und bis 2030 mindestens auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent stabilisiert. Dazu wollen wir direkt nach der Bundestagswahl ein Gesetz auf den Weg bringen und damit den Menschen im Alter ein Leben in Würde ermöglichen. Um Überlastungen von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen zu vermeiden, soll der paritätisch gezahlte Beitrag nicht über 22 Prozent steigen.

Langjährige Arbeit muss sich auszahlen: die Solidarrente

Wer jahrzehntlang gearbeitet hat, soll im Alter nicht zum Sozialamt müssen. Das ist heute leider nicht gegeben. Deshalb wollen wir, dass Menschen, die 35 Jahre oder länger Beiträge gezahlt haben und/oder Zeiten für Kindererziehung und Pflege angerechnet bekommen, einen Anspruch auf eine gesetzliche Solidarrente haben, wenn keine ausreichende Anzahl an Entgeltpunkten und kein umfangreiches sonstiges Einkommen im Haushalt vorhanden ist. Mit der Solidarrente wollen wir ein Alterseinkommen für langjährig Beschäftigte gewährleisten, das 10 Prozent über dem durchschnittlichen Grundsicherungsanspruch am Wohnort liegt.

Absicherung nicht versicherter Selbstständiger

Wir wollen auch Selbstständige, die sich nicht in einem Versorgungswerk versichern können, in die Solidargemeinschaft der ge-



Mechthild Rawert, Mitglied des Deutschen Bundestages
Foto: Thomas Elsweyer

setzlichen Rentenversicherung einbeziehen, um ihnen eine auskömmliche Alterssicherung zu garantieren. Für Neugründungen und Kleinunternehmer*innen werden spezielle Beitragsregelungen eine finanzielle Überforderung vermeiden. Die Einbeziehung der bisher nicht versicherten Selbstständigen ist der erste Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung auszubauen.

Erwerbsminderungsrente verbessern

Erwerbsminderung stellt heute ein zentrales Risiko für Altersarmut dar. Für viele Beschäftigte ist es aus gesundheitlichen und körperlichen Gründen nicht möglich, das gesetzliche Rentenalter im Erwerbsleben zu erreichen. Erwerbsminderung beruht nicht auf einer freiwilligen Entscheidung der Betroffenen. Wir brauchen deswegen Verbesserungen, die alle Erwerbsminderungsrentner*innen erreichen und auch diejenigen besser berücksichtigen, die aus gesundheitlichen Gründen auf dem Arbeitsmarkt ohne Chancen sind.

Mehr Solidarität durch eine paritätische Bürgerversicherung

Doch die SPD fordert noch mehr. Wir wollen eine paritätische Bürger*innenversicherung für Gesundheit und Pflege. Wir wollen mehr Lohngerechtigkeit für Frauen und für alle Beschäftigten. Ziel ist die paritätische Bürger*innenversicherung, mit der wir alle Bürger*innen auf die gleiche Weise versichern. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber*innen und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Wir wollen den

einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten abschaffen.

Alle erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten werden wir automatisch in die Bürgerversicherung aufnehmen. Dazu zählen auch Beamt*innen, für die in der Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen wird. Die öffentlichen Arbeitgeber*innen können wählen, ob sie für gesetzlich versicherte Beamt*innen einen Arbeitgeberbeitrag zahlen oder wie bisher über die Beihilfe einen Anteil der Behandlungskosten direkt übernehmen. Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten.

Dialog für einen neuen Generationenvertrag

Die SPD will einen Dialog für einen neuen Generationenvertrag starten. Nur wenn sich auch die jeweils junge Generation glaubhaft darauf verlassen kann, dass auch sie eine auskömmliche Rente bekommt, wird ein neuer Generationenvertrag dauerhaft tragen. Damit sorgen wir auch für eine Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung bei jüngeren Menschen.

Um die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen weiter zu steigern, will die SPD die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch weiter verbessern. Dazu gehören der flächendeckende Ausbau der Ganztags- und Randzeitenbetreuung (auch im Grundschulbereich), familienfreundliche Arbeitszeitmodelle im Rahmen einer Wahlarbeitszeit und der Anspruch auf eine befristete Teilzeit.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten und das Verhältnis von Beitragszahlenden und Rentempfänger*innen positiv zu beeinflussen, wird es auch auf eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und systematisch gesteuerte Zuwanderung durch ein Zuwanderungsgesetz ankommen.

Ich schließe mich der Forderung des DGB an, dass es einen Kurswechsel geben muss. Das SPD-Rentenkonzept baut auf den Forderungen des DGB auf. Eine faire und verlässliche Alterssicherung, die allen Generationen und Berufsgruppen zu Gute kommt, kann es nur mit der SPD geben.

Mechthild Rawert

„Alle haben gehetzt“

Der Tod von Benno Ohnesorg

Das Rathaus Schöneberg war als Sitz des West-Berliner Senats immer wieder Schauplatz dramatischer Entscheidungen. So auch im Sommer vor 50 Jahren nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg. Im John-F.-Kennedy-Saal des Rathauses diskutierten jetzt Historiker über die Ereignisse des 2. Juni 1967 und die Folgen.

Gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz besuchte damals der Schah von Persien eine Aufführung in der Deutschen Oper. Davor versammelten sich Studenten, die gegen das undemokratische Schah-Regime protestierten, und prügelnde „Jubelperser“. Albertz gab der Polizeiführung zu verstehen,



Bronzerelief „Der Tod des Demonstranten“ von Alfred Hrdlicka, das 1990 vor der Deutschen Oper in der Bismarckstraße 35 aufgestellt wurde.
Foto: Ulrich Horb

dass er beim Verlassen der Oper keine solche Demonstration mehr sehen wollte. Ein Fehler, wie er im Nachhinein feststellte.

Die Polizei begann mit der Räumung der Straße. Polizist Kurras, dessen Tätigkeit

für die Stasi 2009 enthüllt wurde, gab aus nächster Nähe und offenbar unbedrängt einen Schuss auf den 26jährigen Benno Ohnesorg ab, ein Mitglied der evangelischen Studentengemeinde. Dessen Tod erschütterte die

Studenten, führte zum Rücktritt des damaligen Innensensors Büsch und – am 26. September 1967 – des überforderten Regierenden Bürgermeisters Albertz. In der Folge radikalisierte sich ein kleiner Teil der Studentenbewegung. Eine juristische Aufarbeitung im Fall Kurras scheiterte. Die Politikwissenschaftler Tilman Fichter und Hajo Funke, beide Zeitzeugen der Ereignisse,

beschrieben das aufgeheizte Klima der Frontstadt Berlin. „Die großen Parteien, die Gewerkschaften, die Zeitungen – alle haben gehetzt“, so Funke. Der Sozialdemokrat Tilman Fichter beklagte das Versagen seiner Partei, die die Menschen in dieser Zeit hätte zusammenführen müssen, in Berlin aber besonders vom Kalten Krieg geprägt war. Fichter forderte, mit der Benennung eines Plat-

zes nach Benno Ohnesorg ein Zeichen zu setzen – eine Forderung, der sich die Versammlung anschloss.

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler betonte die Notwendigkeit, wesentliche Geschehnisse der Stadtpolitik weiter aufzuarbeiten und aus der Geschichte zu lernen: „Daraus sollten wir eine Tradition machen.“

U. H.

Gedenken an Kapp-Putsch

Kranzniederlegung auf dem Friedhof an der Eythstraße

Am 13. März 1920, vor 97 Jahren, putschten rechte Reichswehr- und Freikorpsverbände gegen die von SPD, Zentrum und DDP getragene Regierung unter dem SPD-Politiker und Reichkanzler Gustav Bauer. Hintergrund war der Versailler Vertrag, der die Entwaffnung und Verkleinerung des Deutschen Heeres auf ein Berufsheer vorsah. In den folgenden Tagen kam es am Kaiser-Wilhelm-Platz zu Auseinandersetzungen zwischen Militärs und Bürgern, die sich dort zum Generalstreik versammelt hatten. Die Folge des Kapp-Putsches in Schöneberg: mindestens sieben Tote. Drei von ihnen wurden auf dem Friedhof in der Eythstraße beigesetzt: Georg Heidrich, Walter Bieler und Paul Bieneck. Den Nationalsozialismus überstand die Grabstätte.

Wie jedes Jahr gedachte der „Verein zum Erhalt der Grabstätte der Schöneberger Kapp-Putsch-Opfer e.V.“ am 19. März 2017 mit einer Kranzniederlegung der Opfer. Die Gedenkrede hielt Eckhardt Barthel. Er war von 1983 bis 1998 Mitglied des Abgeordnetenhauses, dann bis 2005 Mitglied des Bundestages und zuletzt kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. In seiner Rede



Heike Schwudtke, Florian Leuthner, Michael Sawy, Eckhardt Barthel, Lutz Schwudtke, Torsten Müller-Kolar und Christian Heitler bei der Kranzniederlegung

Bild: Heike Kolar

betonte Barthel, der Mitglied der SPD Schöneberg ist, die Notwendigkeit, die Erinnerung wachzuhalten und zu pflegen. Zudem hob er die Bedeutung des Widerstandes gegen den Kapp-Putsch als den erfolgreichsten Arbeiteraufstand in der Geschichte Deutschlands hervor.

Seit 2010 engagieren sich Interessierte aus dem Umfeld der SPD Schöneberg in diesem Verein ehrenamtlich für die Erhaltung, Pflege und Bepflanzung des Grabes. Dank einer großzügigen Förderung aus Sondermitteln der BVV Tempelhof-Schöneberg wurde zum 100. Jahrestag des Kapp-Putsches 2013 die Sanierung des Grabsteins abgeschlossen. Als nächstes will der Verein Informationstafeln zur Würdigung der

Schöneberger Kapp-Putsch-Opfer und zur historischen Einordnung gestalten und aufstellen lassen. Außerdem gibt es jedes Jahr einen Geschichtsausflug. Der Verein besuchte z.B. das SA-Gefängnis in der General-Pape-Straße. In diesem Jahr steht eine Führung vom Columbia-Haus zum Schulenburgring auf dem Programm. Neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Dieser Ort und das Erinnern an die damaligen aufrechten Demokraten sind für das gegenwärtige politische Engagement Verpflichtung und Ansporn zugleich.

Corinna Volkmann

Informationen zum Verein:
www.kapp-putsch-grab.de

500. Mitglied in Schöneberg

Eintrittswelle beschert der SPD spannende neue Mitglieder

Adham Banat wurde das 500. Mitglied der SPD Schöneberg, als er im Februar der Partei beitrug. Er hat jordanisch-palästinensische Wurzeln. Seine Mutter ist Deutsche, sein Vater kam in Jordanien zur Welt und zog 1989 nach Deutschland. Adham wurde 1996 geboren und ist jetzt über 20 Jahre Schöneberger. Er studiert an der Freien Universität Politikwissenschaften und ist in der JUSO-Hochschulgruppe engagiert. Corinna Volkmann traf ihn im Schöneberger Kiez zum Gespräch.

Corinna Volkmann: Warum tritt man heute der SPD bei?

Adham Banat: In Europa haben wir einen Rechtsruck. Da muss man ein Zeichen setzen, in dem man in die SPD eintritt - eine Partei, die schon seit mehr als 150 Jahren für kosmopolitische Dinge eintritt und gegen Nationalismus und Rassismus angeht.

Was hat dich motiviert, der größten Abteilung Berlins mit über 550 engagierten Mitgliedern beizutreten?

Ich wusste, dass Schöneberg sogar die zweitgrößte SPD-Community in Deutschland ist. Da dachte

ich, perfekt, dann kann man sich da engagieren, weil es schon eine Gemeinschaft gibt, was noch schöner ist.

Gab es einen konkreten Anlass?

Ja! Eigentlich wollte ich schon seit 2013 in die SPD eintreten. Ich habe es aber immer vor mir hingeschoben. Als Martin Schulz im Januar zum Kanzlerkandidaten ausserkoren worden ist, dachte ich mir, jetzt muss ich rein.

Was waren deine ersten Erfahrungen im SPD-Team?

Ich habe schon mit unserem Abteilungsvorsitzenden Michael Biel und dem Team am Kaiser-Wilhelm-Platz mitgemacht beim Internationalen Tag der Frau. Ich fand es sehr schön, dass man

sich für dieses Thema engagiert und mitmacht, um zu zeigen, wie wichtig es ist, dass Gleichberechtigung in Deutschland und in unserer Gesellschaft vorherrscht, aber leider Gottes noch nicht zu hundert Prozent realisiert ist.

Wie hast du vor deinem Eintritt die Parteiarbeit hier wahrgenommen? Ist sie dir aufgefallen?

Ich habe öfter gesehen, dass es Flyer-Verteilaktionen gibt und Rosenverteilungen. Und ich wusste, dass die SPD sich für den eigenen Kiez engagiert und versucht, die Gemeinschaft zu stärken, was ich schon toll fand. Ich finde, in der SPD kann man das besser als in anderen Parteien.



Michael Biel (li.), Vorsitzender der SPD in Schöneberg, mit Neumitglied Adham Banat

Foto: Hans Keigel

Paul Löbe

Reichstagspräsident

Vier Jahre - von 1936 bis 1939 - lebte er in der Schöneberger Rubensstraße 118 in einer besonders schweren Zeit für den von den Nazis verfolgten ehemaligen Reichstagspräsidenten, der in seinen Lebenserinnerungen „Der Weg war lang“ ausführlich über die Schikanen „seines“ Blockwarts Meier, wenn es z. B. um das Flaggen der Nazi-fahne ging, berichtet.

Am 14. Dezember 1875 wird Paul Löbe in Liegnitz/Schlesien als Sohn eines Tischlers und eines Dienstmädchens in äußerst arme und enge Verhältnisse hineingeboren, zumal in rascher Folge sieben Geschwister dem ältesten folgten und der Familie nur eine Stube mit Alkoven, einem Nebengelass ohne Fenster, und als Schlafgelegenheit für die älteren Kinder der Hängeboden zur Verfügung stand. Er lernte den Beruf des Schriftsetzers und sein weiterer Lebens- und Entwicklungsgang ist geradezu typisch für den überwiegenden Teil der deutschen Arbeiterführer. Sein Bildungsgang, nachdem er mit 20 Jahren Sozialdemokrat wurde, war autodidaktisch, und während seiner bald eingeschlagenen Laufbahn als Journalist bei der sozialdemokratischen „Volkswacht“ in Breslau und mehreren Gefängnisstrafen wegen „politischer Vergehen“ nutzte er die Gelegenheit, seine Bildung im Gefängnis zu vervollkommen. 1904 wurde er Stadtverordneter in Breslau, bis er 1919

für den Wahlkreis Breslau in die Weimarer Nationalversammlung und ein Jahr später in den Reichstag einzog. Mit nur kurzer Unterbrechung wurde er über die gesamte Weimarer Republik zum Präsidenten gewählt, bis er nach den Juli-Wahlen von 1932 vom Nationalsozialisten Hermann Göring abgelöst und 1933 für 6 Monate inhaftiert wurde. Arbeit fand er danach als Korrektor



Paul Löbe 1875 - 1967

Bild: Bundesarchiv, Bild 102-01053A / CC-BY-SA 3.0

im Berliner Walter de Gruyter Verlag, bis er im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 erneut verhaftet wurde.

Nach dem Krieg ist er wieder als Redakteur tätig, wird Lizenzträger des Berliner „Telegraf“, und leitet als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des ersten Deutschen Bundestages am 7. September 1949, in den er als Vertreter Berlins gewählt worden war. 1949 wurde er außerdem zum Gründungspräsidenten des deutschen Rates der „Europa-Bewe-

gung“. 1954 wurde er - als fast 80-Jähriger - Präsident des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, dem er bis zu seinem Tod am 3. August 1967 als Ehrenpräsident angehörte. Er wurde mit einem Staatsbegräbnis in Berlin beigesetzt und erhielt ein Ehrengrab auf dem Waldfriedhof Zehlendorf.

Löbe wird bis heute als hervorragender Repräsentant der ersten deutschen Demokratie gewürdigt und als vorbildliche Persönlichkeit in einer Zeit schwerer politischer Kämpfe, in der er gegen alle Anfeindungen die Arbeit des Parlaments hochgehalten und die Verfassung und den Rechtsstaat verteidigt hat. Sein ständiger Appell, dass „alles geschehen müsse, um dem deutschen Volk und auch dem Ausland immer wieder mit aller Eindringlichkeit vor Augen zu führen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands das vordringlichste Ziel der deutschen Politik sei“, und seine schon 1949 an den Deutschen Bundestag gerichtete Forderung nach einem „Deutschland als von gutem Willen erfülltes Glied eines geeinten Europa“ zeigt seine schon damals vertretene, aber noch nicht durchführbare versöhnliche Politik.

Vor seinem Wohnhaus in der Rubensstraße 118 werden die Mitglieder der Friedenauer SPD an seinem 50. Todestag, am 03. August 2017, um 18 Uhr in einer kleinen Feierstunde an ihn erinnern. Eva Liebchen



Zeichnung von Petra Rudolphi-Korte

FÜR SIE VOR ORT

SPD TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Hauptstr. 100,
10827 Berlin (Schöneberg)
Tel: 030 7812283
Fax: 030 78001217
kreis.tempelhof-schoeneberg
@spd.de
spd-tempelhof-schoeneberg.de

BUNDESTAGSABGEORDNETE - WAHLKREISBÜRO

Mechthild Rawert
Friedrich-Wilhelm-Str. 86,
12099 Berlin (Tempelhof)
Tel: 030 72013884
Fax: 030 72013994
mechthild.rawert.wk
@bundestag.de
www.mechthild-rawert.de

ABGEORDNETE BERLIN - WAHLKREISBÜROS

Dilek Kolat | Friedenau
Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin
Tel: 030 91502700
www.dilek-kolat.com

Melanie Kühnemann | Lichtenrade
John-Locke-Straße 19, 12305 B
Tel: 030 47050270
melanie-kuehnemann.de

Michael Müller | Tempelhof
Manfred-von-Richth.-Str. 19,
12101 Berlin
Tel: 030 81828330
www.michael-mueller.de

Frank Zimmermann | Mariend.
Abgeordnetenhaus v. Berlin
Niederkirchner Str. 5, 10117 B
Tel: 030 23252294
www.frank-zimmermann.net

Was soll im Vordergrund der politischen Arbeit im Bezirk stehen?

Der Wohnungsmarkt! Ich kenne viele Freunde, die gerne nach Schöneberg ziehen wollen, aber die finden keine Wohnung, und wenn, dann sind sie extrem teuer, vor allem für Studentinnen und Studenten. Ich finde, dass man da etwas explizit verändern könnte.

Kannst du dir vorstellen, deine Familie oder Freunde zu motivieren, Mitglied zu werden?

Das mache ich sogar gerade. Ich versuche Leute zu überzeugen, in die SPD einzutreten. Ich sage immer, ich finde Martin Schulz großartig. Dieses Europa-Bashing der anderen Parteien, die meistens irgendwie versuchen, Europa klein zu reden, das ist bei der SPD eben nicht so!

Vervollständige bitte den Satz: Die SPD ist gut für Schöneberg, ...

... weil die Partei die Vielfalt an Interessen gut abdecken kann: Migranten und Migrantinnen, Menschen aller Hautfarben, aller Orientierungen, aller Religionsgemeinschaften, aller Geschlechter sind in der SPD sehr gut vertreten.

Corinna Volkmann